

- | | | |
|-------|---|---------|
| 10. | Ausbau des Städtischen Bürgerservice | IX/0295 |
| 11. | Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Rheinfischereigenossenschaft im Lande NRW | IX/0258 |
| 12. | Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG | IX/0259 |
| 13. | Antrag der SPD-Fraktion zur Verkehrssituation Lerchenweg / Schwalbenstraße | IX/0293 |
| 14. | Mündliche Mitteilungen | |
| 15. | Mündliche Anfragen | |
| 15.1. | Pavillon am Waldfriedhof | |

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Weiterhin weist er auf die mit Schreiben vom 27.02.2015 übersandte Vorlage IX/0301 hin und schlägt vor, die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils um diesen zusätzlichen Punkt zu ergänzen und als neuen TOP 4 zu beraten. Es erfolgt keine Gegenrede.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

2.1 vom 03.12.2014

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

2.2 vom 16.12.2014

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Herr Franzen, der das Fotogeschäft auf der Alten Schulstraße betreibt, meldet sich zu Wort. Er weist auf ein Schreiben hin, dass er den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses übersandt hat. Darin habe er bereits seinen Standpunkt hinsichtlich des geplanten kostenlosen Angebots von biometrischen Fotos seitens der Stadtverwaltung dargelegt. Derzeit fertige er einen Großteil der biometrischen Fotos an und das geplante Angebot gefährde den Bestand seines Geschäfts. Er habe sich in den 26 Jahren, die er dort sein Fotogeschäft betreibe verschiedenen Konkurrenten gestellt, jedoch könne er nicht gegen ein kostenloses Angebot seitens der Stadt Monheim am Rhein konkurrieren. Dies sei kein fairer und marktwirtschaftlicher Wettbewerb.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich bei den biometrischen Fotos nicht um ein Produkt handle, über deren Bezug die Bürgerschaft entscheiden könne. Es bestehe die zwingende Voraussetzung ein solches Foto anfertigen zu lassen, sofern ein Personalausweis oder Reisepass benötigt würde. Es bestehe ein staatlicher Zwang, dieses Foto vorzulegen, so dass es im Sinne des Bürgerservice richtig sei, neben den vorgeschriebenen Gebühren für die Ausweise nicht noch zusätzliche Kosten durch das Anfertigen der biometrischen Fotos entstehen zu lassen, zumal diese Fotos für keinen anderen Zweck nutzbar seien.

Herr Franzen bemängelt, dass der Fotoautomat ebenfalls Kosten verursache, die dann nicht im Wege der Kostenrechnung umgelegt würden.

Würden die tatsächlichen Kosten für ein biometrisches Foto ermittelt, würden diese ca. 1,50 € betragen. Diese geringe Gebühr stehe in keinem Verhältnis zu dem entsprechenden Verwaltungsaufwand, um diese zu vereinnahmen, erwidert der Bürgermeister. Im Übrigen verweist er auf die noch ausstehende Diskussion zu Tagesordnungspunkt 10.

**4 Pilotprojekt zur Einführung von Tablets am Otto-Hahn-Gymnasium
Vorlage: IX/0267**

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass in der Vorberatung des Fachausschusses eine geänderte Kostenaufstellung verteilt und beschlossen worden sei. Dadurch ergebe sich die Notwendigkeit den Beschlussvorschlag anzupassen. Die Höhe der überplanmäßigen Mittel müsse nun 80.500 € und nicht 72.400 € lauten.

Der geänderte Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschlussempfehlung

Das Pilotprojekt „Einführung von Tablets“ am Otto-Hahn-Gymnasium wird umgesetzt. Der Rat stimmt gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 der Haushaltssatzung der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Pilotprojekt in Höhe von 80.500 € bei Buchungsstelle 40.01.051/03010500/I4001.003 zu. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Kreisumlage.

einstimmig zugestimmt

5 Kindergartenbedarfsplanung 2015/2016

Vorlage: IX/0265

Beschlussempfehlung

I U3-Betreuungsquote 2015/16

Die U3-Betreuungsquote für Kinder im Alter von vier Monaten bis unter drei Jahren im Kindergartenjahr 2015/2016 beträgt 41%. - Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Erreichung der vom Rat beschlossenen 50% Quote (Vorlage VIII/113) zu unterbreiten.

II Kindergartenbedarfsplan 2015/16

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

Ia	4 Plätze	(0,25 Gruppen)
Ib	129 Plätze	(6,45 Gruppen)
Ic	332 Plätze	(16,6 Gruppen)
IIa	6 Plätze	(0,6 Gruppen)
IIb	22 Plätze	(2,2 Gruppen)
IIc	107 Plätze	(10,7 Gruppen)
IIIa	38 Plätze	(1,52 Gruppen)
IIIb	243 Plätze	(9,72 Gruppen)
IIIc	447 Plätze	(22,35 Gruppen)

(siehe Anlage 1: Tabelle 1)

III Fördermittel für den Kinderbetreuungsausbau

Die Verwaltung wird beauftragt die freien Träger bei der Beantragung von Fördermitteln aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018“ mit Antragsschluss 15.03.2015 zu unterstützen, um die zur Verfügung stehende Summe voll auszuschöpfen.

einstimmig zugestimmt

6 Änderung der Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage: IX/0277

Protokoll:

Im Jugendhilfeausschuss sei eine Änderung der Satzung in §1 Abs. 2 beschlossen worden, erklärt der Bürgermeister. Der Absatz laute nun: „Männliche und weibliche Jugendliche sollen bei der Zusammensetzung des Jugendparlamentes jeweils angemessen, **möglichst paritätisch**, berücksichtigt werden“. Zur Ratssitzung wird eine geänderte Satzung vorgelegt.

Der Bürgermeister stellt die Satzung unter Berücksichtigung der soeben benannten Änderung zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

Der Rat beschließt die Satzung zur Änderung „Der Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Monheim am Rhein vom 16.07.2010“ in der als Anlage 1 zur Beschlussfassung vorgelegten Fassung. Die Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 7 Einführung des Freizeitexpress 13 und 14**
- Empfehlung zur Beschlussfassung
- Empfehlung zur Aufnahme in den Nahverkehrsplan
Vorlage: IX/0251

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Angabe, ob es zu einer Evaluation kommen werde.

Die Verwaltung führt aus, dass das Angebot und die entsprechende Nachfrage laufend beobachtet werden solle. Derzeit sei davon auszugehen, dass diese Erweiterung gut angenommen werde. Eine technische Evaluation sei nicht vorgesehen. Es werde aber darüber berichtet, wie sich die Fahrgastzahlen entwickeln.

Beschlussempfehlung

- Der Rat der Stadt Monheim empfiehlt die Einführung der von den Bahnen der Stadt Monheim GmbH vorgestellten Erweiterung des bisherigen Nachtexpress NE 13 in einen Freizeit- und Nachtexpress 13 und der Einführung des Nachtexpress NE 14.
- Die Verwaltung wird beauftragt Maßnahmen zu ergreifen um das neue Fahrplanangebot den Gremien des Kreises Mettmann vorzustellen und die Aufnahme der Maßnahmen in den Nahverkehrsplan des Kreises vorzubereiten.

einstimmig zugestimmt

- 8 Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V.**
Vorlage: IX/0294

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Mitgliedschaft der Stadt Monheim am Rhein in der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V. zu beantragen.

einstimmig zugestimmt

- 9 Realisierung weiterer Module der MonChronik zu den Themen Aalfischerei und Karneval**
Vorlage: IX/0292

Protokoll:

Die Verwaltung führt anhand einer PowerPoint Präsentation zu der Vorlage ausführlich aus.

Der Sprecher der SPD-Fraktion stellt die folgenden Fragen:

1. Was im Hinblick auf den seitens der Stadt Monheim am Rhein genutzten Raum passieren werde, sofern der derzeitige Pächter der Gaststätte „Spielmann“ das Pachtverhältnis beenden werde?
2. Ob dieser Raum tatsächlich nicht für andere Zwecke genutzt und ausschließlich für die Ausstellung zur Verfügung stehe?
3. Ob und in welcher Form eine Betreuung des Aalschokkers vorgesehen sei?
4. Wie der Parkplatz vor der Aufstellung des Aalschokkers gestaltet werden solle und hierfür noch ein Konzept vorgelegt würde?
5. Warum in der Auflistung auf Seite 2 der Vorlage die Lok in der Stadtmitte nicht genannt worden sei?

Die Verwaltung erläutert:

1. Alternativen seien derzeit nicht geprüft worden, sondern würden in Erwägung gezogen, sofern der Fall eintreten würde.
2. Der Raum werde seitens der Stadt Monheim am Rhein vom Eigentümer gemietet, so dass er keiner anderen Nutzung zugeführt werden könne. Es bestehe kein Unterpachtverhältnis mit dem Pächter der Gaststätte.
3. Diese Frage sei noch nicht geklärt. Es biete sich ggf. eine Lösung mit dem benachbarten Gastronomiebetrieb an.
4. Es werde vermutlich eine Umgestaltung des Parkplatzes stattfinden müssen. Die Pläne würden zu gegebener Zeit den zuständigen Fachausschüssen vorgelegt.
5. Die Lok sei hier nicht einbezogen, da charakteristisch für die MonChronik dezentrale Räume seien, die für Ausstellungen genutzt werden können und dieses Industriedenkmal nicht dafür genutzt werden könne.

Bezugnehmend auf den letzten Punkt regt der Sprecher der SPD-Fraktion an, darüber nachzudenken, ob das Konzept nicht um solche Dinge ergänzt werden solle.

Die Planung sei zu begrüßen, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Bei der Karnevals-Ausstellung seien die Rahmenbedingungen und Kosten nicht ersichtlich. Auch seien keine räumlichen Alternativen vorgestellt worden.

Die Verwaltung beziffert die Mietkosten mit 450 € monatlich. Alternativen seien nicht in die Überlegungen einbezogen worden, da der vorgeschlagene Raum in der Gaststätte perfekt geeignet sei.

Die Standortwahl für den Aalschokker sei gut getroffen, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion. Es sei ggf. auch möglich, den Aalschokker an der dort vorhandenen Anlegestelle im Wasser als Museumsschiff anzubieten. Hier sei eine Prüfung seitens der Verwaltung wünschenswert.

Dieser Gedanke sei verworfen worden, da der Aufwand zu hoch sei, erläutert der Bürgermeister. Das Schiff müsse jederzeit in einem fahrbaren Zustand gehalten werden. Weiterhin müsse ein Schiffsführer vorhanden sein.

Der Sprecher der Peto-Fraktion begrüßt die vorgestellten Maßnahmen. Er bittet um Angabe, wie mit dem Deusser Haus und dem Schelmenturm verfahren werde.

Mit dem Heimatbund, der das Heimatmuseum im Deusser Haus betreibt, habe man vereinbart, diesen Punkt zunächst zurückzustellen, trägt der Bürgermeister vor. Die Planungen in Bezug auf den Schelmenturm würden im nächsten Jahr

erfolgen.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regt an, darüber nachzudenken, ggf. ein Gebäude über dem Aalschokker zu errichten. So würden auch Räumlichkeiten für Vorführungen zur Verfügung stehen. Zu bedenken seien bei dem Aalschokker auf jeden Fall die Sicherheitsaspekte.

In Bezug auf die Gänseliesel Shapes stelle sich die Frage, wie diese vor Verunreinigungen geschützt werden können.

Die Oberfläche der Shapes sei so beschaffen, dass Verunreinigungen kaum anhaften, erklärt die Verwaltung.

Weiterhin bittet der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Angabe, ob geprüft worden sei, ob für die genannten Maßnahmen Fördermittel beansprucht werden können.

Es sei ggf. eine Denkmalförderung für den Aalschokker möglich, so die Verwaltung. Diese Angelegenheit werde derzeit näher geprüft.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der MonChronik die in der Sachdarstellung beschriebenen Module zum Thema Aalfischerei in Baumberg und zum Thema Karneval in der Monheimer Altstadt zu realisieren. Die im Haushaltsplan vorhandenen Mittel werden hierfür freigegeben.

einstimmig zugestimmt

10 Ausbau des Städtischen Bürgerservice Vorlage: IX/0295

Protokoll:

Der Sprecher der CDU-Fraktion bezieht sich auf die durch Herrn Franzen in der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner vorgebrachten Bedenken hinsichtlich des Fotoautomaten und erklärt, dass diese durch die CDU-Fraktion geteilt würden. Es könne nicht Aufgabe der Stadt sein, eine existierende marktwirtschaftliche Regelung zu verstaatlichen. Eine Grundlage hierfür sei nicht ersichtlich. Die Argumentation, dass es sich hier um ein Gut handle, dass für eine staatliche Leistung nachgefragt werden müsse, sei nicht nachvollziehbar. Auch die Folgekosten seien nicht beziffert.

Im Hinblick auf die Umbaumaßnahmen fehle es an der Bezifferung der Kosten und den entsprechenden Plänen. Außerdem sei das Rathaus in räumlicher Hinsicht ausreichend. Daher werde die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen.

Die Meinung der CDU-Fraktion werde ebenfalls seitens der FDP vertreten, so deren Sprecherin. Im Hinblick auf die Bürgerfreundlichkeit sei kürzlich das mobile Bürgerbüro beschlossen und eingeführt worden. Weitere Maßnahmen seien nicht notwendig. Der Fotoautomat sei schon aus Gründen der Wirtschaftsförderung, wozu auch die Bestandspflege von kleineren, ortsansässigen Unternehmen zähle, abzulehnen.

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept werde vollumfänglich unterstützt, so

die Sprecherin der Peto-Fraktion. Obwohl der Standpunkt des Herrn Franzen nachvollzogen werden könne, sei die Peto-Fraktion zu dem Schluss gekommen, dass der Fotoautomat angeschafft werden solle. Ausschlaggebendes Argument für die Unterstützung des Beschlussvorschlages sei gewesen, dass große Vorteile für das Bürgerbüro entstehen würden. Die Voraussetzungen für die Beantragung von Ausweisen und Pässen sei vor Ort, kostenfrei und während der Öffnungszeiten erhältlich. Die Probephase habe positive Rückmeldungen der Bürgerschaft gebracht und auch die Arbeit der Beschäftigten des Bürgerbüros ließe sich so effizienter gestalten. Ein Eingreifen in die Marktwirtschaft sei hier nicht erkennbar, da die biometrischen Fotos kein marktwirtschaftliches Gut darstellen würden. Hier fehle es an Angebot und Nachfrage die marktwirtschaftlich reguliert würden. Alle Bürgerinnen und Bürger seien irgendwann durch die staatliche Verpflichtung gehalten, ein solches Foto anzufertigen, welches für keine anderen Zwecke nutzbar sei. Die Gebührenfreiheit sei, abgesehen von der entstehenden Bürokratie für die Vereinnahmung des geringen Kostenbeitrages, auch dadurch gerechtfertigt, dass so jede Bürgerin und jeder Bürger von der Kostenfreiheit profitieren werde, da auch jeder einen Ausweis beantragen müsse.

Das geplante Vorgehen sei grundsätzlich zu begrüßen erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Jedoch werde die Anschaffung des Fotoautomaten abgelehnt. Hier werde unnötiger Weise in marktwirtschaftliche Strukturen eingegriffen. Es müssten zumindest die Kosten ermittelt und erhoben werden. Auch die angeführte Arbeiterleichterung sei nicht nachvollziehbar, da auch externe Fotografen die Bilder digital zur Verfügung stellen könnten.

Hinsichtlich des Fotoautomaten schließe sich die SPD-Fraktion den Ausführungen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP an, erklärt deren Sprecher. Hier werde unlauterer Wettbewerb betrieben und einem ortsansässigen Unternehmen werde ein erheblicher Teil der Geschäftsgrundlage entzogen. In der Ratssitzung am 26.05.2011 habe bereits eine Diskussion über das Aufstellen eines Fotoautomaten stattgefunden und zu einer Ablehnung geführt. Der Bürgermeister habe es damals außerdem für erforderlich gehalten, dass eine umfassende Diskussion im Fachausschuss zu erfolgen habe. Daher beantrage die SPD-Fraktion, den Beschlussvorschlag der Ziffer 2 in den zuständigen Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung zu verweisen.

Alle anderen Maßnahmen seien nicht kategorisch abzulehnen. Allerdings fehle es an einer Vielzahl von Informationen, so z. B. hinsichtlich Infopoint und Lotse, fester Ansprechperson und des Umbaus.

Der Rat habe im Jahr 2011 die Entscheidung über den Fotoautomaten an sich gezogen, so der Bürgermeister. Daher sei ein Verweis in den Fachausschuss nicht erforderlich und nicht möglich. Der damals durch den Rat gefasste Beschluss könne auch nur durch den Rat aufgehoben werden, jedoch nicht durch den Haupt- und Finanzausschuss.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass er den Antrag dann erneut in der Sitzung des Rates am 11.03.2015 stellen werde.

Der Bürgermeister sichert zu, den Antrag in der Ratssitzung aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass zu berücksichtigen sei, dass zum einen ein Zwang zur Beibringung des biometrischen Fotos bestünde und zum anderen eine weitere Nutzung nicht erfolgen könne. Im privaten Bereich bestehe natürlich weiterhin das Bedürfnis nach anderen Fotos. Daher sei es richtig, im Sinne des

Bürgerservices, diese biometrischen Fotos kostenfrei anzubieten. Auch sei der technische Fortschritt zu bedenken. Es werde zukünftig sicherlich in immer mehr Kommunen dieses Angebot zu finden sein.

Zum Umbau erläutert der Bürgermeister, dass beabsichtigt sei, dass Bürgerbüro schön zu gestalten. Sinn und Zweck sei, dass die Bürgerschaft in einer angenehmen Atmosphäre bedient und beraten werden könne. Daher sei es gerechtfertigt, für die Bürgerinnen und Bürger Geld zu investieren und auch die Arbeitsbedingungen der dortigen Beschäftigten zu verbessern.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob es trotz des Fotoautomaten möglich sei, das biometrische Foto auch ohne Nutzung des Automaten zur Verfügung zu stellen.

Dies sei selbstverständlich weiterhin möglich, erklärt der Bürgermeister. Der Fotoautomat sei ein Angebot.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bemängelt, dass die zur Verfügung gestellten Informationen nicht ausreichen würden. Daher wäre eine Beratung im Fachausschuss notwendig. Auch müsste eine Ausschreibung für den Fotoautomaten erfolgen.

Der Bürgermeister erwidert, dass es derzeit keinen anderen geeigneten Anbieter gebe und die Ausschreibung daher entbehrlich sei.

Beschlussempfehlung

- I. Der Rat nimmt den aktuellen Sachstandsbericht zum Ausbau des städtischen Bürgerservice zur Kenntnis.

Die Beschlusspunkte II. und III. werden getrennt zur Abstimmung gestellt.

- II. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge des weiteren Projektauftrags eine Speed-Capture-Station (Fotoautomat) im Bereich des Bürgerbüros aufzustellen, um der Bürgerschaft die hiermit verbundenen Dienstleistungen kostengünstig und zeitsparend anbieten zu können.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU, 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

- III. Zur Optimierung des Bürgerservice wird die Verwaltung darüber hinaus beauftragt, die erforderlichen Baumaßnahmen zu ermitteln, zu planen und die Planung den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU, 1 SPD, 1 FDP)

11 Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Rheinfischereigenossenschaft im Lande NRW Vorlage: IX/0258

Beschlussempfehlung

Als bevollmächtigter Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Rheinfischereigenossenschaft im Lande NRW wird Herr Marc Steven benannt. Zum Stellvertreter wird Herr Martin Frömmer benannt.

einstimmig zugestimmt

- 12** **Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG**
Vorlage: IX/0259

Beschlussempfehlung

Als Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG wird Herr Thomas Spekowius benannt. Als dessen Stellvertreter wird Herr Guido Krämer benannt.

einstimmig zugestimmt

- 13** **Antrag der SPD-Fraktion zur Verkehrssituation Lerchenweg / Schwalbenstraße**
Vorlage: IX/0293

Protokoll:

Der Sprecher der SPD-Fraktion führt zu dem Antrag aus. Er merkt an, dass es entgegen der Darstellung in der Beschlussvorlage zu Beschwerden gekommen sei. Diese Information liege zwischenzeitlich auch der Verwaltung vor.

Der Antrag werde seitens der CDU-Fraktion unterstützt, so deren Sprecher.

Auch die Sprecherin der Peto-Fraktion sieht entsprechenden Handlungsbedarf.

Beschlussempfehlung

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2015 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr verwiesen.

einstimmig zugestimmt

- 14** **Mündliche Mitteilungen**

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilung vor.

- 15** **Mündliche Anfragen**

- 15.1** **Pavillon am Waldfriedhof**

Protokoll:

Ratsherr Goller erwähnt den leerstehenden Verkaufspavillon am Waldfriedhof und bittet um Angabe, ob dieser im Eigentum der Stadt stehe und was dort geplant sei.

Der Bürgermeister sichert eine Beantwortung in der kommenden Ratssitzung zu.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin